

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.  
 Bezugspreis:  
 In Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,  
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

E. L. Berlin, 5. Mai.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

73. Plenar-Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische Thesen und Kommissare  
 später Miquel.  
 Die Eisenbahn-Vorlage steht zur zweiten Be-  
 ratung.

Die Budgetkommission beantragt: die Bahn-  
 linie Treuenbriesen-Neuen zu streichen und von  
 der Summe zur Beschaffung von Betriebsmitteln  
 6 488 000 Mark nur 5 727 000 Mark zu be-  
 willigen.

Ein Antrag Dr. Kisch-Schall beantragt die  
 Wiederherstellung dieser Bestimmung.  
 Die Position und ebenso die geänderte Po-  
 sition der Betriebsmittel gehen nach kurzer De-  
 batte an die Budgetkommission zur nochmaligen  
 Beratung zurück.

Die Vorlage wird im Uebrigen unbenändert  
 angenommen und Johann die zu neuen Eisenbahn-  
 linien eingegangenen Petitionen, welche von der  
 Budgetkommission vorberathen sind, unbenändert  
 nach den Anträgen derselben und debattelos er-  
 ledigt.

Es folgt der Antrag v. Arnim (L.) auf  
 Erhöhung des Einkommens der Förster. Der  
 Antrag war der Budgetkommission zur Vorber-  
 atung überwiesen; dieselbe beantragt: 1. den  
 Antrag abzulehnen, 2. die Regierung aufzufor-  
 dern, bei der in Aussicht gestellten Ausdehnung  
 von Häuten und Ungleichheiten in den Bezügen  
 der im Jahre 1890—91 aufgestellten Beamten  
 durch den nächsten Etat insbesondere auch auf  
 eine Erhöhung des Einkommens der Förster Be-  
 acht zu nehmen.

Hierzu liegt ein Antrag Kisch (Str.) vor,  
 statt der Worte „der im Jahre 1890—91“  
 zu sagen: „der in den Jahren 1888—89 und  
 1890—91“.

Dieser Antrag Kisch wird angenommen und  
 mit demselben der Kommissionsantrag.

Sobald werden Petitionen erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.  
 Tagesordnung: Privatdozenten-Vorlage in  
 dritter und vierter Lesung in zweiter Lesung.  
 Schluss 2 1/4 Uhr.

### Der Wahlausruf der deutschen Reichspartei

hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Reichspartei hat alle Zeit  
 zu Kaiser und Reich gestanden und die  
 nationen, welche hochgehalten. Sie war stets  
 bereit, das Reich mit denjenigen Mächten auszu-  
 stellen, deren es zur staatlichen Einigung der  
 Nation bedarf. Sie erachtet es aber auch als  
 eine Grundbedingung weiser Reichspolitik, daß  
 das Reich in die verfassungsmäßige Selbst-  
 ständigkeit der Bundesstaaten nicht mehr als  
 notwendig eingreift. In der kräftigen Ent-  
 wicklung unserer kriegerischen Macht zu Wasser  
 und zu Lande erblicken wir die sicherste Gewähr  
 für die Erhaltung des Friedens und den Schutz  
 des Vaterlandes gegen Kriegsgefahr. Wir haben  
 daher die zur Stärkung unseres Heeres und  
 unserer Flotte erforderlichen Mittel niemals  
 verweigert, soweit dies mit sorgfamer Schonung  
 der Leistungsfähigkeit unseres Volks vereinbar schien.  
 Die von uns stets betonte Nothwendigkeit und  
 Dringlichkeit des Ausbaues der Flotte wird  
 angesichts der kriegerischen Verwickelungen der  
 jüngsten Zeit in das hellste Licht gestellt. So  
 schwer die Nüchternheit ist, welche das deutsche  
 Volk zu tragen hat, so ist sie doch die Vor-  
 bedingung für die Macht, den Einfluß und den  
 Wohlstand des deutschen Reiches. Auf ihr beruht  
 auch unsere großartige wirtschaftliche Ent-  
 wicklung, welche sich auf dem von dem Fürsten  
 Bismarck eingeführten Grundgedanken des gleich-  
 mäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen  
 Arbeit aufbaut hat. Die deutsche Reichspartei  
 hält fest an der gleichmäßigen Förderung der  
 Interessen von Landwirtschaft, Industrie,  
 Handel und Handwerk. Diejenige Grundhalt-  
 ung, welche auch bei dem Abschluß künftiger Handels-  
 verträge Geltung zu verschaffen suchen. Bei voller  
 Wahrung der berechtigten Wünsche des Handels  
 und der Industrie wird dabei ein wirksamer  
 Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes vor  
 allem in das Auge zu fassen sein. An der  
 Durchführung der erhabenen Ziele, welche die  
 Reichspartei unseres großen heimgegangenen Kaisers  
 dem deutschen Volke gestellt hat, fortzuarbeiten,  
 betrachten wir als eine unserer vornehmsten Auf-  
 gaben. Es werden jedoch die mannigfachen  
 Mängel und Härten, welche bei der Durch-  
 führung der sozialen Gesetzgebung hervorgerufen  
 sind, zu beseitigen sein. Das Wohl der Arbeiter  
 nach jeder Richtung zu fördern, entspricht unseren  
 Traditionen. In diesem Sinne ist auch unser  
 Kampf für die willigen Arbeiter gegen  
 Vergewaltigung durch gewaltlose Vögel und  
 deren Anhang, sowie gegen die frieblichen  
 Arbeit und des Wohlstandes gegen triviale  
 Ausstände zu verlangen. Keinem Arbeiter soll  
 verweigert sein, sich auswärts eine bessere  
 Arbeitsgelegenheit zu suchen; aber nicht  
 der Kampf zwischen den Arbeitern und  
 Arbeitgeber, sondern nur die Vereinigung beider  
 zu gemeinsamen wirtschaftlichen Verbänden kann  
 die Verbesserung und Heilung unserer sozialen  
 Zustände bringen. Die Gesetzgebung über die  
 Organisation des Handwerks ist zu einem vor-  
 läufigen Abschluß gelangt. Wenn diese auch den  
 Wünschen einer großen Zahl unserer Handwerker  
 nicht voll entspricht, so wird es doch zunächst  
 darauf ankommen, die errungenen gesetzlichen  
 Einrichtungen so wirkungsvoll wie möglich für  
 das Handwerk zu gestalten. Die unterschiedslose  
 Uebertragung der für die Großindustrie im  
 Interesse des Arbeiterschutzes zulässigen politischen  
 Anordnungen auf das Handwerk erscheinen be-  
 denklich und frommt weder den Arbeitgebern noch  
 den Arbeitern. In einem kräftigen Mittelstand  
 in Stadt und Land, in einem kräftigen Bauern-  
 und Handwerkerstande erkennt die Reichspartei  
 eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine  
 gesunde Entwicklung unseres deutschen Vater-  
 landes. Die Pflege, Erhaltung und Stärkung des  
 Mittelstandes gilt ihr daher als die zur Zeit  
 wichtigste Aufgabe weiser Sozialpolitik. Die  
 verfassungsmäßige bürgerliche Freiheit des dem

deutschen Volke gewahrt bleiben, aber gegen sozial-  
 und nationalrevolutionäre, die Sicherheit des  
 Staates gefährdende Bestrebungen müssen sichere  
 Schutzwehren bestehen. Fester Zusammenschluß  
 aller staatsgetreuen Elemente auf dem Boden  
 starker monarchischer Institutionen, Sammlung der  
 patriotischen Männer von rechts und links, welche  
 das Vaterland über die Partei stellen,  
 Abwehr gegen sozialistische, radikale und rüch-  
 schrittliche Bestrebungen — kräftiges Eintreten  
 für die Beseitigung wirklicher Mißstände — stetige  
 und gezielte Fortentwicklung unseres Staats-  
 lebens in den guten Traditionen bürgerlicher  
 Freiheit und fester staatlicher Ordnung — Stär-  
 kung des Reiches nach innen und außen —  
 gleichmäßige Pflege aller Zweige des heimischen  
 Gewerbes — sind stets die leitenden Ge-  
 sichtspunkte der Reichspartei gewesen. Sie werden  
 auch ihr Leitstern für die Zukunft bleiben. Unsere  
 Parole ist: „Das Vaterland über die Partei, das  
 Gemeinwohl über die Sonderinteressen.“

### Der Wahlausruf der frei- sinnigen Volkspartei.

unterzeichnet von Schmidt, Fischbeck, Dr. Langer-  
 hans, Dr. Müller, Mundel, Richter, Dr. Schnei-  
 der und Träger, wird sodann veröffentlicht, er  
 lautet:

Die Neuwahlen zum Reichstag stehen be-  
 vor. Dieselben gelten für die lange Dauer von  
 fünf Jahren. Die Wähler haben zu entscheiden,  
 ob es im Reiche vorwärts gehen soll oder rück-  
 wärts. Mit immer größerer Dringlichkeit drängen  
 die Sonderinteressen sich hervor und suchen unter  
 irreführenden Schlagworten der Sammelpolitik  
 insbesondere den demnächstigen Ablauf der Han-  
 delverträge auszunutzen, um mittelst gegenseitiger  
 Zugewandlung von Sonderverträgen die Gesamtheit  
 auszunutzen und die Lebenshaltung der breiten  
 Schichten des Volks zu verheuern. Dadurch  
 würde die Konsumfähigkeit Deutschlands ge-  
 schwächt und nicht nur Handel und Industrie,  
 sondern auch die Landwirtschaft benachteiligt  
 werden. Dem Volke wird ohnehin durch die le-  
 gaten großen Heeresverpflichtungen und durch das  
 neue Flottengesetz beträchtlich erhöhte Lasten auf-  
 erlegt, welche die Erfüllung der kulturellen Auf-  
 gaben im Reich und in den Einzelstaaten beeinträchtigen  
 und erschweren. Die Bereitwilligkeit, mit welcher  
 die Mehrheit des Reichstags im Flottengesetz das  
 Geldbewilligungsrecht für die Zukunft binden  
 und beschränken ließ, ermutigt alle Bestrebungen  
 zur weiteren Verkürzung der Rechte der Volks-  
 vertretung. Die letzten Schritte zur Abwehr  
 neuer Beschränkungen des Vereins- und Ver-  
 sammlungsrechts, neuer Fesslungen der freien  
 Meinungsäußerung in Wort und Schrift durch  
 die sogenannte Umfuhrvorlage sind noch in  
 frischer Erinnerung. Neuerlich wird selbst die  
 Freiheit in Frage gestellt und die Koalitions-  
 freiheit angegriffen, statt gesichert und verall-  
 gemeinert zu werden. Die Bedrohungen des  
 geltenden Reichswahlrechts treten so unverhohlen  
 hervor, daß Vereinzeltungen desselben zu ge-  
 wärtigen sind, sobald eine willkürliche Mehrheit  
 dafür sich im Reichstag zusammenfindet. Das  
 Volk bedarf mehr als je eines Reichstages,  
 kräftig und entschlossen, dem Konstitutionalismus  
 einen festen Rückhalt zu sichern, ihn zu verteidigen  
 gegen absolutistische Bestrebungen jeder Art.  
 Der Kampf wird kein leichter sein. Wir müssen  
 gewappnet stehen gegen die Gegner von rechts  
 und links. Es werden nicht nur des Volkes  
 Rechte und Freiheiten zu schützen, sondern auch  
 die falschen Lehren zu bekämpfen sein, welche in  
 der Vereitelung unserer Gesellschaftsordnung das  
 Ziel der Zukunft erblicken. So gilt es denn,  
 das nationale Banner des Gemeinwohls allmählich  
 mit Tapferkeit und Entschlossenheit zu entfalten  
 und durch Verkürzung der freisinnigen Volks-  
 partei dem entschiedenen Liberalismus eine seiner  
 Bedeutung entsprechende Geltung in der Volks-  
 vertretung zu sichern.

### Der spanisch-amerikanische Krieg.

In Madrid verschärfen sich die Lage fort-  
 gesetzt. In der Provinz nimmt die Polizei  
 Massenverhaftungen vor. Ausländische Berg-  
 arbeiter von Murcia veranlaßten eine Kund-  
 gebung gegen das Detroi. Wie es heißt, stecken  
 sie den Bahnhof und die Bürgermeisterei in  
 Brand. Militär schritt ein, einige Personen wurden  
 verurteilt. — Der Belagerungszustand ist  
 im Bezirk Cartagena erklärt worden. Auch in  
 Leon, Oviedo und anderen Städten kam es in  
 Folge der Brothverknappung zu Unruhen. Trotz  
 der Ungunst der Lage erklärte Sagasta den  
 Vertretern der auswärtigen Mächte, daß alle  
 Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe ge-  
 troffen seien; die Dynamik laufe keinerlei Gefahr.  
 Wenig bezeichnend die spanische Reichspartei  
 die Lage in Spanien als keineswegs revolutionär.  
 Die Vorgänge in Madrid beschränken sich auf  
 einige Volksaufläufe; die Ereignisse in der Pro-  
 vinz waren wohl ernst, sind jedoch wirtschaftlich,  
 nicht politischer Natur.

Eine „Standard“-Nachricht vom 4. Mai be-  
 richtet über die Vorgänge in Madrid: Bis 1 Uhr  
 Morgens zogen gestern die Demonstranten in den  
 Straßen herum. Sie trugen Plakate, bereiteten  
 Wägel unter dessen Fesseln Demonstrationen, riefen  
 unter den Fenstern Sagasta's. Nieder mit der  
 Regierung, Tod den Verräthern! — und affamten  
 die unter Befehl des Stadtkommandanten heran-  
 rückenden Soldaten. Die Theater waren am  
 Montag Abend nur spärlich besucht, aber in den  
 Straßen und in den Cafés herrschte lebhaftes  
 Leben wie immer und der Verkehr war nirgends  
 behindert. Der Mob fürchtet sich vor dem Ein-  
 schreiten der Truppen, und die ordnungsliebenden  
 Schichten haben die Proklamation des Belage-  
 rungszustandes mit Gleichgültigkeit begrüßt. Die  
 Einleitung zur Proklamation des Generals Daban  
 lautet: „Da wir mit Nordamerika Krieg führen  
 haben, so ist es nun meine Pflicht und Befugnis,  
 Alles zu verhindern, was geeignet wäre, die  
 patriotischen Anstrengungen auslöschen zu lassen,  
 welche die Nation im gegenwärtigen feierlichen  
 Augenblicke mit mancher Thatsache und be-  
 wundernswerther Begeisterung macht, und auch  
 zu verhindern, daß die öffentliche Meinung durch  
 Verbreitung ungenauer Nachrichten irregeführt  
 werde.“ Die auf Prezensur bezügliche Klausel  
 der Proklamation hat schon Wirkung gehabt, in-

dem die Blätter selbst in ihrer Kritik der Regie-  
 rung mäßiger sind, besonders der „Imparcial“,  
 der „Liberal“, der „Gaceta“ und auch die kar-  
 listischen und republikanischen Organe. Natürlich  
 tritt in Spanien auch die finanzielle Lage wieder  
 stark in den Vordergrund, zumal durch ein künig-  
 liches Dekret jetzt auch die Einfuhrzölle für Ge-  
 treide aufgehoben sind. Die Cortes berathen  
 eifrig über allerhand neue Geldquellen und neue  
 Steuern resp. deren Erhöhung. Es soll auch ein  
 zwanzigprozentiger Zuschlag auf die Zölle gelegt  
 werden, ebenso ein Ausfuhrzoll geplant sein.

In dem gestern unter Vorsitz der Königin-  
 Regentin abgehaltenen Ministerrath theilte  
 Ministerpräsident Sagasta mit, daß das auf der  
 Fahrt nach Cuba begriffene Paketboot „Al-  
 fonso XIII.“ in Puerto Rico eingetroffen sei,  
 und daß die kubanische Kammer sich konstituiert  
 habe. Ferner wurden die Vorlagen betr. die  
 Beschaffung außerordentlicher Geldmittel für den  
 Krieg 2c. unterzeichnet.

Dem „New-York-Bureau“ wird aus New-  
 York gemeldet: Wie die „New-York Tribune“ aus  
 San Francisco erfährt, hätte der Kommandant  
 des Arsenals auf Mare Island gestern eine  
 schriftliche Depesche des Marine-Departments er-  
 halten, welche besagt, nach einem Telegramm des  
 Admirals Dewey aus Hongkong schägte dieser  
 die Verluste der Amerikaner in der Seeschlacht  
 bei Manila auf 50 Tote und 1000 Verwundete.  
 Die Kanonenboote „Concord“ und „Petrel“  
 hätten Beschädigungen erlitten, namentlich im  
 oberen Theil des Schiffsrumpfes. Der Admiral  
 hätte gleichzeitig gebeten, ihm ein Hospitalschiff,  
 das Mann für 2000 Personen löte und für drei  
 Monate Lebensmittel enthielte, zu senden. —  
 Diese Meldung des New-Yorker Blattes ist, wie  
 das „New-York-Bureau“ hinzufügt, mit allem  
 Vorbehalt aufzunehmen, da letzteres vernimmt,  
 daß seit Montag durch die Kabel der „Eastern  
 Telegraph Company“ weder von Manila noch  
 von Hongkong ein Telegramm über die See-  
 schlacht bei Manila befrachtet worden ist.

Dagegen scheint es sich zu bestätigen, daß  
 die Amerikaner ein Landungskorps für die  
 Philippinen ausrüsten. Ein „New-York-Telegramm“  
 aus Vallejo in Kalifornien vom 5. Mai besagt,  
 Admiral Kirkland erhielt telegraphische Befehle,  
 Kriegsmaterial und Lebensmittel für 2000 Mann  
 auf 4 Monate bereit zu halten. Es werde dies  
 mit den Meldungen über beschlossene sofortige  
 Entsendung einer Besatzungsmarine nach Manila  
 in Verbindung gebracht. Von anderer Seite ver-  
 lautet, daß 5000 Freiwillige auf den Transportschiffen  
 „Mariposa“, „Cuba“, „Australia“  
 und „Puebla“ und unter dem Kommando zweier  
 Kreuzer, „Charleston“ und „Philadelphia“, mit  
 reichen Lebensmitteln unter Kommando des  
 Generals Merritt oder vielleicht der binnen  
 drei Wochen nach den Philippinen ausfahren  
 sollen, um sie bis zum Friedensschluß zu be-  
 setzen.

Ueber die Vorgänge im Westen liegt nun ein  
 Telegramm des „New-York Herald“ aus Havana  
 vor, folgendes Inhalts: Marshall Blanco habe  
 am Mittwoch das autonome Parlament in An-  
 wesenheit der Konsuln und Offiziere der im  
 Havanna befindlichen britischen und französischen  
 Kreuzer eröffnet. Blanco verlas eine Botschaft  
 der Königin. Auf die Frage Blancos, ob die  
 Mitglieder schwören wollten, die Souveränität  
 Spaniens zu verteidigen und dem Könige  
 unbedingte zu gehorchen, antworteten dieselben zu-  
 stimmend.

Wie die „New-York Tribune“ aus Washington  
 erfährt, erwäge man in den Kreisen der Marine-  
 verwaltung ernstlich eine Besitzergreifung der  
 kanarischen Inseln. Andererseits hat nach einer  
 Meldung der „World“ aus Washington Mac  
 Kinley im Laufe einer Unterhaltung mit einer  
 bescheidenen Persönlichkeit erklärt, er wolle den  
 Krieg nicht zu einem Eroberungskriege machen.  
 Er sei für eine angemessene Entschädigung für  
 den durch den Krieg den Vereinigten Staaten zu-  
 gefügten Verlust an Gut und Blut und wünsche  
 seinen Landverwerb. — Der in Philadelphia an  
 Bord des Kreuzers „Saint Paul“ unter dem  
 Verhacht der Spionage verhaftete Mann erklärte,  
 er sei Oesterreicher, gab jedoch, als man ihn  
 nach seinem Namen fragte, an, er heiße Edward  
 Hannan. Man fand bei ihm eine Zeichnung des  
 Innern des „Saint Paul“.

Nach einer Depesche der „New-York-World“  
 aus Key-West ist die Briefpost des spanischen  
 Dampfers „Argonauta“ gestern theilweise unter-  
 sucht worden. Man habe dabei eine wichtige Mit-  
 theilung gefunden, aus welcher hervorgeht, daß  
 die spanische Armee Vorbereitungen treffe, sich in  
 dem westlichen Theile von Cuba zusammenzuziehen.  
 Weiter würden durch die aufgefundenen Briefe  
 die Nachrichten über das in Havana herrschende  
 Gend bestätigt. Die Briefe sollen nach  
 Washington befördert und dort einer gründlichen  
 Prüfung unterzogen werden.

Die „Agenzia Stefani“ bezieht das Gerücht,  
 welches in einer Depesche aus Key-West dem  
 „Standard“ mitgeteilt war und welches besagte,  
 daß der italienische Kreuzer „Basilan“ in  
 Havana Munition ausgeführt habe, als durch-  
 aus unbegründet. Der „Basilan“ sei von Italien  
 abgegangen, lange bevor man einen Krieg  
 zwischen Spanien und Amerika voraussetzte, und  
 sei nur mit der gewöhnlichen Munition für seine  
 eigenen Geschütze versehen gewesen, deren Kaliber  
 von dem spanischen ganz verschieden sei. Der  
 „Basilan“ liege zur Zeit in Kingston (Jamaika).

### Aus dem Reiche.

Wie die „Strakb. Post“ von zuverlässiger  
 Seite erfährt, beabsichtigt der Kaiser, anlässlich  
 des demnächstigen Aufenthalts in Livorno, einer  
 Einladung des Fürsten-Statthalters folgend, nach  
 Strakburg zu befehlen. — Der General der  
 Artillerie z. d. Infanterie v. Drestsch hat  
 gestern seinen 80. Geburtstag gefeiert. —  
 Oberst v. Buddenbrock, der Kommandeur des  
 Grenadier-Regiments König Friedrich I. (4. ost-  
 preussisches) Nr. 5, soll seinen Abschied eingereicht  
 haben. Oberst v. Buddenbrock ist Kommandeur  
 des Regiments seit dem 13. Mai 1895. — Der  
 Generalleutnant z. d. Infanterie v. Ebdorf  
 befehlt heute den Tag, an dem er vor 50 Jahren  
 in das sachsen-altenburgische Linienbataillon ein-  
 getreten ist. Er wurde 1850 Lieutenant, 1856  
 Oberleutnant und 1863 Hauptmann. 1867  
 wurde er in den Verband der preussischen Armee  
 aufgenommen und kommandierte im 33. Infanterie-  
 Regiment. Aus dem Kriege gegen Frankreich  
 kehrte er bald mit einer leichten Verwundung

heim und war dann Kommandeur des Ersatz-  
 bataillons. 1872 wurde er Major, 1878 Oberst-  
 lieutenant, 1882 Oberst und Kommandeur des  
 1. Grenadier-Regiments. Im Februar 1888  
 wurde er General-Major und Kommandeur der  
 17. Infanterie-Brigade; am 24. März 1890  
 wurde er mit Pension zur Disposition gestellt.  
 — Der Volkshallelehrer Langscheld in Eber-  
 feld war wegen eines im Verein der deutschen  
 Volkspartei gehaltenen Vortrages seines Amtes  
 entsetzt worden. Die von Langscheld beim Mini-  
 sterium erhobene Beschwerde ist jetzt verworfen  
 worden. — Der Pastor Zerlang in Holnau  
 (Schleswig), der bei der letzten Kaisergeburts-  
 tagsfeier die Aufgabe zur Abhaltung einer gottes-  
 dienstlichen Feier für den Kriegerehren an ge-  
 wisse Bedingungen knüpfte, auf die letzterer nicht  
 einging, ist schon früher, wie seiner Zeit mit-  
 geteilt, seines Amtes als Schulinspektor entsetzt  
 worden. Jetzt ist noch ein Disziplinarverfahren  
 über ihn verhängt worden. — Am Mittwoch  
 feierte in Bremen Fräulein Karoline Karow  
 ihren hundertsten Geburtstag. Aus diesem  
 Anlaß wurde ihr von dem preussischen Generals-  
 konsul Delius und Pastor Dr. Weiß ein Ge-  
 schenck des Kaisers überreicht, bestehend in einer  
 mit dem Bildnis des Kaisers geschmückten Tafel  
 aus der königlichen Porzellanmanufaktur. Der  
 Senat ließ, wie die „Brem. Ztg.“ mittheilt, der  
 alten, sich wohl auf befindenden Dame ein Glück-  
 wunschkärtchen mit einem Geldgeschenk über-  
 bringen. Nach von vielen Seiten wurde der  
 Hundertjährigen gedacht. — Der kürzlich in  
 Bismarck durch den Grenzkommissar aus  
 Aumanweiler unter dem Verdachte der Spionage  
 verhaftete und nach Metz übergeführte Defort ist,  
 wie das „Leipziger Tageblatt“ erfährt, wieder  
 außer Verfolgung gesetzt worden.

### Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Nach einem dem „V. Z.“  
 aus Kautschow zugegangenen Telegramm ist  
 gestern Nachmittag 5 Uhr Prinz Heinrich in den  
 dortigen Hafen eingelaufen, begrüßt von dem  
 Donner der Kanonen des Forts.

Der parlamentarische Abend, zu dem der  
 Reichstanzler Fürst Hohenlohe gestern eingeladen  
 hatte, gestaltete sich zu einer Art Abschiedsfeier  
 für die Mitglieder des deutschen Reichstages,  
 während die gleichfalls zahlreich erschienenen Mit-  
 glieder des preussischen Landtages an der Ferien-  
 stimmung ihrer Kollegen noch nicht in vollem  
 Maße theilnehmen konnten. Hier und da mochte  
 die Ferienstimmung im Hinblick auf die bevor-  
 stehenden Neuwahlen zum Reichstage eine etwas  
 elegische Nuance haben. Wer weiß, ob wir uns  
 wiedersehen? — lautete dann die Frage, die auf  
 den Lippen schwebte. Jedemfalls war aber die  
 allgemeine Stimmung eine ungemein angeregte,  
 wozu die Freundschaft und Liebenswürdigkeit des  
 Geschehens besonders beitrugen, der für jeden in  
 gewohnter Weise freundliche Worte fand. Unter-  
 richtet wurde Fürst Hohenlohe hierbei durch seinen  
 Sohn, den Prinzen Alexander, und seinen Adjun-  
 tanten, Major Graf Schönborn. Zahlreiche  
 Uniformen des Landheeres und der Marine  
 brachten Farbe in das Bild, das sich in dem  
 Kongresssaal und den benachbarten Salons ent-  
 faltete. Ueber die Vorlagen, die in der jüngsten  
 Session zur Erledigung gelangten, wurde in den  
 mannigfachen Unterhaltungen an den anheimeln-  
 den kleinen Tischen, die das Buffet umgaben,  
 das letzte Wort gesprochen. Aber auch die aus-  
 wärtige Politik ging nicht leer aus, wobei ins-  
 besondere der amerikanisch-spanische Krieg nach allen  
 Richtungen erörtert wurde.

Der Staatssekretär des Auswärtigen  
 Amtes, Staatsminister Bernhard von Bülow, hat  
 am 3. Mai sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet.  
 Die „Schles. Ztg.“ bemerkt mit Recht, daß dem  
 Staatsmann, der so rasch die Sympathien und  
 das Vertrauen der weitesten Kreise des deutschen  
 Volkes für sich erlangen hat, gewiß von allen Seiten  
 frohe Theilnahme bekundet worden wäre, hätte  
 man den Geburtstag gefeiert.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen  
 Sitzung beschloffen, den Gesetzentwurf, betr.  
 die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche,  
 und den Gesetzentwurf, enthaltend Abänderungen des  
 Gesetzes über die Naturalleistungen für die be-  
 waffnete Macht im Frieden vom 13. Februar  
 1875 und des Gesetzes vom 21. Juni 1887, zur  
 allerhöchsten Vollziehung vorzulegen. Der Geset-  
 entwurf, betr. die elektrischen Maschinen,  
 wurde in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse  
 angenommen. Dem Reichstanzler wurden über-  
 wiesen die Reichstagsbeschlüsse zu Petitionen,  
 betr. die Einführung des Konzeptionszwanges  
 für Gendarmen; betreffend die Abänderung  
 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes;  
 betr. die Verordnung über den Betrieb von  
 Wäldern und Konditoreien; betr. die Revision der  
 medizinischen Prüfungen; betr. die Einrichtung von  
 Einigungsämtern und Schiedsgerichten; betr.  
 die Einrichtung kaufmännischer Schiedsgerichte; betr.  
 den obligatorischen Eideschwur am 8. April  
 Abends; betreffend die Abänderung des  
 Krankenversicherungsgesetzes; endlich betr. den  
 Vorgesung. Der Vorlage vom 2. April d. Js.  
 betr. den Zollverwaltungsstellenetat für Hamburg,  
 und dem Gesetzentwurf für Glas-Lothringen, betr.  
 die Bismarckstraße, wurde die Zustimmung erteilt.  
 Von dem Bericht über die Thätigkeit der Reichs-  
 Vinces-Kommission wurde Kenntnis genommen.  
 Den zukünftigen Ausführen wurden überwiesen  
 der Entwurf von Bestimmungen wegen Verstellung  
 einer Statistik der Strafs- und Ausperrungen;  
 der Entwurf von Vorschriften über die in Grund-  
 lagen 2c. auf Grund des bürgerlichen Geset-  
 buchs von Reichsbehörden und Reichsanstalten zu  
 erlassenden Bekanntmachungen; die Uebereinkunft  
 mit den Niederlanden wegen Ausdehnung des  
 über die gegenseitige Zulassung von Medizinal-  
 personen zur Praxis in den Grenzgebieten abge-  
 schlossenen Abkommens vom 11. Dezember 1873  
 auf die Thierärzte; die Vereinbarung mit Peru  
 über die Stellung der beiderseitigen Konsuln vom  
 23. Juni v. Js.; endlich der Entwurf einer  
 Geschäftsordnung für den Börsenausschuß.  
 Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben  
 Verlesung gefügt.

Abg. Anselm hat mit Unterstützung von  
 Mitgliedern verschiedener Fraktionen im Abge-  
 ordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht:  
 1. Ist es richtig, daß in einem nach Köln be-  
 stimmten Faß amerikanischer Pfeifentabak bei der  
 Unterjagung an der Reichsgrenze die Schilbans

lebend festgestellt worden ist? 2. Beabsichtigt die  
 königliche Staatsregierung wegen verstärkten  
 Schutzes gegen die Einschleppung der San  
 Jose-Schilbans Schritte zu thun und eventuell  
 welche?

— Die „Germania“ bringt in ihrer gestrigen  
 Abendausgabe den verbündeten Regierungen die  
 Mißachtung der Jesuiten in liebevolle Erinne-  
 rung; sie schreibt: Der Jesuitenanklag des Zen-  
 trums kommt heute und überhaupt in dieser  
 Session nicht mehr im Reichstage zur Beratung.  
 Das Zentrum war mit einem Initiativantrage  
 noch nicht wieder an der Reihe und konnte daher  
 nicht verlangen, daß der Jesuitenanklag vor an-  
 deren Anträgen auf die Tagesordnung gesetzt werde.  
 Uebrigens liegt beim Bundesrath ja auch noch  
 immer der frühere Reichstagsbeschuß wegen Auf-  
 hebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Der Bundes-  
 rath ist also bereits in der Lage, durch Zusim-  
 mung zu diesem Beschlusse das Jesuitengesetz in  
 einem wesentlichen Theile aufzuheben.

— Die Berliner Reichstags-Kandidaten sind  
 nun allen Parteien bekannt gegeben. Von der  
 sozialdemokratischen Partei ist im ersten Wahl-  
 kreise Redakteur Hugo Bösch, von den Freisinn-  
 igen Dr. Langerhans, von den Konservativen  
 Bäckermeister Bernhard und von den National-  
 Sozialen Graveur Tischendorf aufgestellt. Im  
 zweiten Wahlkreise kandidirt seitens der Sozial-  
 demokraten Richard Fischer, von den Freisinnigen  
 Stadtorbitorer Kreiling und von den Konser-  
 vativen Oberpostkassasassistent a. D. Stodmann.  
 Im dritten Wahlkreise bewerben sich der Sozial-  
 demokratische Rechtsanwalt Heine, der Freisinnige  
 Dr. Langerhans und der Antisemit Dr. Bachler  
 um das Mandat. Im vierten Wahlkreise haben  
 die Freisinnigen den Rechtsanwalt Sonnenfeld,  
 die Antisemiten den Arbeiter Brück und die So-  
 zialdemokraten den Stadtorbitorer Singer auf-  
 gestellt. Im fünften Wahlkreise kandidirt seitens  
 der Sozialdemokraten Robert Schmidt, der Freisinn-  
 igen Schulinspektor Jülich, der Antisemiten  
 Schuhmachermeister Schumann. Im 6. Wahlkreise  
 sind die Kandidaten: Stadtorbitorer Singer  
 (Soz.), Redakteur Georg Krieger (Freis.) und Post-  
 prebiger Süder. Das Zentrum hat wieder in  
 allen Wahlkreisen den Delegationsrath a. D. v. Kehler  
 als Wahlkandidat aufgestellt.

— Wie die „Meier Zeitung“ aus angeblich  
 sicherer Quelle erfährt, ist zwischen dem rheinisch-  
 westfälischen Kohlenprodukt und dem Meier Albe-  
 r D. Diebriehen ein Vertrag abgeschlossen wor-  
 den über die Einrichtung eines Kohlenlagers in  
 Kautschow. Vorläufig sollen drei Dampfer mit  
 deutschen Wretern von Wilhelmshafen nach Kaut-  
 schow expedirt werden.

— Dem Justizminister Dr. Schönke ist  
 nun das Gutachten des Bundes der Bodenreor-  
 mer über die dem Bunde vom Minister über-  
 sandten Gesetzentwürfe zur Sicherung der Bau-  
 forderungen übergeben worden. Das Gutachten  
 geht davon aus, daß die Bodenreormer nach wie  
 vor ein Pfandrecht der Bauhandwerker auch vor  
 dem Kaufpreis der Baustelle erstreben, daß aber  
 nicht zu verkennen sei, daß die Stellung der jetzt  
 völlig schutzlosen Bauhandwerker durch die Ge-  
 setzentwürfe verbessert werde. Es sei aber erforder-  
 lich, daß das Gesetz nicht nur für bisher un-  
 baute Baustellen, sondern auch für Baustellen gelte,  
 die an Stelle abgegriffener aufgeführt werden.  
 Das Gesetz dürfe auch nicht für Theile von Ge-  
 meinden, sondern nur für ganze Gemeinden ein-  
 geführt werden. Ferner müßte der Bauherr be-  
 rechtigt sein, freiständige Bauhandwerkerforderungen  
 zu hinterlegen. Der Ausschluß der großen kauf-  
 männlichen Lieferanten billigt der Bund durch-  
 aus, da diese durchweg Gegner des Pfandrechts  
 der Bauhandwerker seien und sie auch kapitalstark  
 genug seien, sich wie bisher selbst zu sichern, was  
 der Mäler oder Tischler nicht könne. Schließlich  
 sei es unerlässlich, daß das Verfahren bei der  
 Zwangsversteigerung verbessert werde. Den Bau-  
 werkern müßte das Recht erteilt werden, durch  
 Sicherstellung der Zwangsversteigerungskosten einen  
 Aufschub der Versteigerung auf sechs Monate zu  
 erwirken, und ihre Gebote müßten in Höhe des  
 bevorrechteten Aufkauferwerthes von der Kau-  
 tionsbestellung befreit werden. Die Aufschüben-  
 ämter sollen auf Grund von Vorschlägen der  
 Bauhandwerkerverbände berufen werden. Für die  
 Forderungen der Arbeiter, Püger u. s. w. sei  
 auch die bevorrechtete Sicherungshypothek der  
 Bauhandwerker nicht als ausreichend anzusehen. Für  
 diese wird in Uebereinstimmung mit dem Gut-  
 achten des Berliner Gewerbegerichts ein unbeding-  
 tes Vorrrecht verlangt.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Mai. Der „Pol. Korresp.“ wird  
 aus Petersburg gemeldet: Unterrichtete Kreise  
 versichern, das russische Kabinett stelle nie das  
 Verlangen des Abtritts des Fürsten Ferdi-  
 nand von Bulgarien zur orthodoxen Kirche. Es  
 liegt auch nicht der geringste Anhalt dafür vor,  
 daß die Ausführung eines solchen Schrittes für  
 einen späteren Zeitpunkt in Erwägung gezogen  
 werde.

### Frankreich.

Spion, 5. Mai. Die „Mission Catho-  
 liques“ veröffentlicht ein Telegramm aus  
 Hongkong, dem zufolge am 21. April in der  
 Provinz Kwangtong der aus dem Departement  
 Puy-de-Dome gebürtige Missionar Vertelot und  
 mehrere andere Christen ermordet wurden.

### Italien.

Rom, 5. Mai. In Livorno kam es heute  
 zu einer Kundgebung wegen der hohen Brod-  
 preise. Einige Bäckereien wurden geplündert.  
 Die Theilnehmer an der Kundgebung wurden  
 auseinandergetrieben und die Ruhe wiederher-  
 gestellt. Auch in Urbino verlangte eine Volks-  
 menge Herabsetzung der Brodpreise. In anderen  
 Provinzen herrscht Ruhe.

### England.

Die das Thema der indischen Münzwährung  
 behandelnde Korrespondenz zwischen den antiken  
 Stellen in Kalkutta und London ist soeben in  
 Gestalt eines parlamentarischen Attenkinds der  
 Öffentlichkeit übergeben worden. Es theilt  
 darans, daß die indische Regierung in einem  
 Schreiben vom 24. März den Uebergang zur  
 Goldmünze als endgültige und dauernde Münz-  
 politik Indiens definiert, die Münzherg zur Silber-  
 währung verwirft und der Anregung der Hand-  
 elskammer von Bombay, die Münzfrage  
 auch fernerhin noch als eine offene zu betrachten,



